

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 76 (1982)
Heft: 5

Artikel: Wieviel Entwicklungshilfe leisten sozialistische Länder?
Autor: Ordnung, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wieviel Entwicklungshilfe leisten sozialistische Länder?

Diese Frage wird auf ökumenischen Tagungen, auf denen es um Fragen sozialer Gerechtigkeit in der Welt von heute geht, häufig gestellt. Streng genommen lautet die Antwort: keine. Denn was die sozialistischen Länder zur Unterstützung von Ländern der Dritten Welt tun, verstehen sie nicht als «Entwicklungshilfe». Das bedarf der Erläuterung.

Kritik der kapitalistischen «Entwicklungshilfe»

Im November 1981 konstituierte sich in Budapest die internationale Studienkommission der CFK «Solidarität, Befreiung und Entwicklung». Die 37 Teilnehmer aus 21 Ländern aller Erdteile wählten den Metropoliten Paulos Mar Gregorios zum Vorsitzenden der Kommission (der Verfasser wurde ihr Sekretär). Der indische Kirchenmann, der lange Zeit Beigeordneter Generalsekretär des OeRK war, gehört zu den besten Kennern ökonomischer Fragestellungen und Theorien in der Oekumene. Er legte in Budapest ein Referat zum Thema «Wurzeln der Ungerechtigkeit» vor. Darin analysiert er die Entwicklungstheorien des US-Amerikaners W. R. Rostow und des Franzosen Raymond Aron, die Ende der fünfziger Jahre entwickelt worden waren und in der Folgezeit auch das Entwicklungsdenken in der Oekumene und in der UNO weithin bestimmten. Sie sind an der Oekonomie der USA als Modell auch für die Entwicklungsländer orientiert und zielen darauf ab, diese Länder fest in den kapitalistischen Weltmarkt einzubinden. Gregorios zieht den Schluß: «Die Entwicklungsideologie dient den Interessen der besitzenden Klassen. Sie spielt eine negative Rolle, weil sie die Völker davon abhält, eine sozialistische Oekonomie im Rahmen eines nichtkapitalistischen Modells anzustreben. Aus diesem Grund ist die Entwicklungsideologie nicht nur falsch; sie ist mehr: Sie ist ein Teil der neokolonialistischen Absicht, die Völker der Welt der Ausbeutung im Interesse einer Minderheit zu unterwerfen.»

Eine Entwicklungshilfe, der diese Konzeption zugrunde liegt (und das trifft vor allem auf die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer zu), bringt zwar einige positive Auswirkungen für die nationale Bourgeoisie in den Entwicklungsländern, sie führt auch punktuell zu Industrialisierung; aufs ganze gesehen aber wirkt sie für diese Länder negativ: Sie festigt und erweitert den Wirkungsbereich kapitalistischer Marktmechanismen in ihnen und bezieht sie ein in

den weltweiten Prozeß der erweiterten Reproduktion des Kapitals. Oekonomen haben errechnet, daß auf Grund des Wirkens eben dieser Mechanismen aus den Entwicklungsländern jährlich etwa 200 Milliarden Dollar in die kapitalistischen Industrieländer abfließen. Das ist ein Vielfaches dessen, was diese Länder an «Entwicklungshilfe» geben.

Für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO)

Es liegt auf der Hand, daß sozialistische Staaten sich an dieser Art «Entwicklungshilfe» weder beteiligen wollen noch können. Was tun sie, um den Ländern der Dritten Welt zu helfen? Um die Antwort auf diese Frage recht verstehen zu können, sollte man folgende drei Gesichtspunkte im Auge behalten:

1. Armut und Elend in den Entwicklungsländern sind primär eine direkte Folge jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung. Da die sozialistischen Länder daran nicht beteiligt waren, erkennen sie zwar eine allgemeine Verpflichtung zu Solidarität und Hilfe, nicht aber die Verpflichtung zu einer Art «Schadenersatz» an, wie sie von manchen Entwicklungsländern undifferenziert gegenüber allen Industrieländern erhoben wird.

2. Die Entwicklungsländer wickeln nur fünf Prozent ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern ab (über 80 Prozent mit den kapitalistischen Industrieländern und den Rest untereinander). Das bedeutet, daß der ökonomische Einfluß der sozialistischen Länder (auch im Sinne der Hilfe) auf die Entwicklungsländer nicht zu groß ist.

3. Während die kapitalistische Entwicklungshilfe die Strukturen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems stabilisiert und damit die ökonomische und politische Abhängigkeit der Entwicklungsländer verstärkt, sind die politischen und ökonomischen Aktivitäten der sozialistischen Länder darauf gerichtet, die untergeordnete Stellung, die die Entwicklungsländer heute in der Weltwirtschaft einnehmen, überwinden zu helfen und sie zu gleichberechtigten Partnern zu machen. Das ist auch das Ziel einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), wie sie von der UNO auf Grund einer Initiative der Entwicklungsländer beschlossen wurde. Die sozialistischen Länder unterstützen die NIWO, die großen kapitalistischen Industrieländer haben sich dagegen ausgesprochen.

Was tun die sozialistischen Länder konkret?

1. Diejenigen progressiven Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, die einem besonders aggressiven Druck von seiten des Imperialismus ausgesetzt sind, werden durch *Solidaritätsaktionen* un-

terstützt. Das trifft vor allem auf Vietnam, Kampuchea, Angola, Moçambique, Namibia, die PLO, Kuba, Nicaragua und die fortschrittlichen Kräfte in Chile zu. Was hier an Hilfe geleistet wird, geschieht nicht primär aus ökonomischen Gesichtspunkten. Es beläuft sich im Jahr auf ein bis zwei Prozent unseres Nationaleinkommens.

2. Die *Wirtschaftsbeziehungen* zu Entwicklungsländern werden nach dem Grundsatz des *wechselseitigen Vorteils* gestaltet. Das ist ein entscheidender Fortschritt gegenüber den Beziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern, die allemal den Stärkeren begünstigen.

3. Hauptziel der sozialistischen Länder ist es, Entwicklungsländern bei der *Industrialisierung* zu helfen; denn nur durch Industrie können langfristig jene Mittel erwirtschaftet werden, die zum umfassenden Aufbau einer modernen Volkswirtschaft notwendig sind. Dabei geht es nicht um den Aufbau isolierter Einzelbetriebe (die etwa für das Ausland produzieren), sondern um die Errichtung reproduktionsfähiger Industriekomplexe. So errichtete beispielsweise die DDR in Algerien von 1972 bis 1975 das Armaturenwerk Berrouaghia. «Mit diesem von der DDR ausgerüsteten Großbetrieb entstand in der DVR Algerien eine eigene industrielle Fertigungsbasis für Gußteile für den Fahrzeugbau, für Armaturen, für Rohrleitungen und für Pumpen für das Pipelinenetz der Erdölindustrie, die bislang ausschließlich importiert werden mußten. Der Industriekomplex erreicht eine Jahreskapazität von 9000 t Guß, 67 000 Armaturen in 42 Typen und Abmessungen und eröffnet gleichzeitig Exportmöglichkeiten. In die Gesamtleistungen der DDR einbegriffen war die Ausbildung und zeitweilige Beschäftigung von über 170 algerischen Bürgern in der DDR, die für diesen Industriekomplex eine Qualifikation als Facharbeiter, Meister, Ingenieure oder Diplomingenieure erwarben. In diesem Kombinat, das in einer bislang industriell nicht entwickelten Region entstand, finden rund 1 300 algerische Werktätige eine Beschäftigung» (Asien — Afrika — Lateinamerika 5/1981, S. 780).

Solche Betriebe werden vorzugsweise für den staatlichen Sektor errichtet. Während die Transnationalen Konzerne, die sich zu Hauptinstrumenten der Ausbeutung der Dritten Welt entwickelt haben, dort 21 000 Tochtergesellschaften errichteten, gibt es nicht einen Zweigbetrieb eines sozialistischen Landes in einem Entwicklungsland.

4. Für die finanzielle Seite dieser Beziehungen bieten die sozialistischen Länder den Entwicklungsländern ein sehr vorteilhaftes Clearing-Verfahren an. Für die gelieferten Maschinen und Ausrüstungen nehmen sie Landesprodukte in Zahlung. Dabei werden auch mehr und mehr Halbfertig- und Fertigerzeugnisse abgenommen, die nur schwer Zugang zu kapitalistischen Märkten finden. Für die DDR macht das zum Beispiel ein Drittel ihrer Importe aus diesen Ländern aus.

Dabei werden den Entwicklungsländern Kredite mit einer Laufzeit von zehn bis fünfzehn Jahren zu einem Zinssatz von zwei Prozent (zehn bis fünfzehn Prozent ist unter kapitalistischen Bedingungen üblich) zur Verfügung gestellt. Auf Grund des Clearing-Verfahrens tritt keine Verschuldung der Entwicklungsländer ein.

5. Zu einem Schwerpunkt der Hilfe ist in den letzten Jahren mehr und mehr die *Ausbildung von wissenschaftlichen und technischen Kadern* geworden. Sie ist kombiniert mit der Unterstützung beim Aufbau von Einrichtungen im Bereich von Universitäten und Schulen. Bis 1978 wurden in den Ländern des RGW 600 000 Techniker und Spezialisten aus Entwicklungsländern ausgebildet. Das ist eine sehr effektive Form der Hilfe, zumal alle Ausgebildeten in ihre Länder zurückkehren, während in den kapitalistischen Ländern ein Großteil davon — als billigere Arbeitskräfte — von Wirtschaft und anderen Einrichtungen absorbiert werden. Von den 1 000 Aerzten aus Sri Lanka arbeiten 600 in kapitalistischen Industriestaaten.

6. Die sozialistischen Länder bieten den Entwicklungsländern *langfristige Verträge* und damit eine stabile und kontinuierliche Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen an. Das ist für eine Wirtschaft, die sich im Aufbau befindet und die diesen Aufbau möglichst planvoll gestalten muß, ein großer Vorteil. Damit wird ein Teil der negativen Auswirkungen von Schwankungen auf dem Weltmarkt abgefangen. Die DDR hat mit über 40 Entwicklungsländern solche Verträge abgeschlossen.

Neue Elemente in den Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt

Die hier genannten Tatbestände machen deutlich, daß die Frage nach dem quantitativen Umfang von «Entwicklungshilfe» am Kern des Problems vorbeigeht. Kern des Problems ist nämlich die Art und Weise, wie die sozialistischen Länder ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Entwicklungsländern gestalten: Sie läßt neue Elemente sich entwickeln, die dazu angetan sind, die Stellung der Dritten Welt in der Weltwirtschaft zu verbessern und damit einer NIWO näher zu kommen.

Vor allem: Das neue Herangehen der sozialistischen Länder hat die kapitalistischen Industriestaaten an manchen Punkten veranlaßt, ihre Haltung zu verändern. Nachdem Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre die Sowjetunion begann, in einigen Ländern Asiens und Afrikas moderne Produktionsstätten bzw. Anlagen zu errichten (zum Beispiel ein Stahlwerk in Indien, den Assuan- und Euphratstaudamm in Ägypten bzw. Syrien), gaben auch die kapitalistischen Industrieländer ihre bis dahin praktizierte Weigerung auf und stiegen

in stärkerem Maße in ähnliche Projekte ein. Dasselbe gilt für längerfristige staatliche Abkommen, die Entwicklungsländern eine größere Sicherheit bieten. Die sozialistischen Länder sind nicht in der Lage, alle Wünsche der Entwicklungsländer zu erfüllen. Aber allein die Möglichkeit, daß sie von Fall zu Fall einspringen und Projekte zu günstigeren Bedingungen als die kapitalistischen Staaten realisieren können, schränkt die Monopolposition des Imperialismus ein. Und das ist eine wesentliche Hilfe für die Entwicklungsländer.

Im Juni 1981 führte der Oekumenische Rat der Kirchen in Budapest eine Ost-Europa-Konsultation im Rahmen seines Studien- und Aktionsprogramms gegen Transnationale Konzerne durch. In dem Bericht darüber werden diese Konzerne als die machtvollsten Institutionen beschrieben, die sich dem unerläßlich notwendigen Wandel der Weltwirtschaftsstrukturen widersetzen. «Sie gehören auch zu den Hauptrüstungsproduzenten und den wichtigsten Agenten des Waffenhandels», heißt es darin. Das Eintreten der sozialistischen Länder für eine umfassende Abrüstung zielt auch auf eine Erleichterung der Lage in der Dritten Welt, die unter dem Ressourcen vergeudenden Rüstungswettlauf besonders zu leiden hat. In den Empfehlungen der Konsultation wird auf die Informationsdienste hingewiesen, die von OeRK, KEK, CFK und UNO zu diesen Fragen publiziert werden. Es ist nicht zuletzt die CFK-Studienkommission «Solidarität, Befreiung und Entwicklung», die sich um eine Beschreibung der Position der sozialistischen Länder gegenüber der Dritten Welt bemüht.

Schweizer Wirtschaft profitiert von der Entwicklungshilfe

Der Trend schweizerischer Entwicklungshilfe zeigt leicht nach oben. Trotzdem schneidet unser Land in einem internationalen Vergleich weiterhin nicht gut ab. Eine Spitzenstellung nimmt es jedoch bei den privatwirtschaftlichen und damit profitablen Finanztransfers nach der Dritten Welt ein. Sie nahmen 1980 gegenüber 1979 zwar deutlich ab, weil bedeutende Kreditsummen zurückbezahlt wurden und einige OPEC-Länder hohe Summen in der Schweiz anlegten. Trotzdem blieb die Schweiz unerreicht. Weil diese Finanztransfers mit hohen Zinskosten verbunden sind, trug die Schweiz dadurch zu einer weiteren Verschärfung der großen Zahlungsprobleme der Dritten Welt bei. Geschäfte macht die Schweiz zudem auch mit der Entwicklungshilfe. Ueber vier Fünftel fließen wieder in die Schweiz zurück. Hinzu kommen noch Aufträge von der Weltbank. Die Beziehungen zur Dritten Welt erweisen sich somit für die Schweiz als äußerst profitabel.

(Markus Mugglin, Schweiz — Dritte Welt: Anstrengungen für Entwicklungshilfe verblissen neben den umfangreichen profitablen Geschäftsbeziehungen, in: 13w-aktuell, Nr. 2/82, S. 2)